

gen gehalten wird. Die Regierung möge nun ausführen, was sie in ihrer Erklärung versprochen hat.

Abg. Dr. Eberle (Dnt.):

war der Meinung, daß die Heiterkeit über die Vorgänge bei der Regierungsbildung auf Kosten der Demokratie gehe, die eine entscheidende Schlacht verloren habe, wenigstens das System, das man in Deutschland Demokratie nenne. Versagt habe insbesondere die Sozialdemokratie, die zwar von der Großen Koalition rebete, aber unfähig sei, sie herzustellen.

Abg. Dr. Dehns (Dem.):

Ran darf die Schuld an den Umständen bei der Kabinettsbildung nicht dem parlamentarischen System zumessen, das erst seit zehn Jahren besteht. Auch andere Länder, wie England, haben dieses System nicht von Anfang an zu meistern verstanden. Ueber die Rechtsgültigkeit der Wahl des Ministerpräsidenten hat bei den Demokraten von Anfang an keine Meinungsverschiedenheit bestanden. Sie ist nach ihrer Ansicht zweifellos. Wenn man die Frage nach dem Sinn der letzten Landtagswahl aufwerfen und beantworten will, so muß man zunächst feststellen, daß weder die bisherigen Regierungsparteien noch die bisherige Opposition eine Mehrheit erlangt haben. Die Demokraten stehen auf dem Standpunkt, daß eine Regierung eine feste Mehrheit hinter sich haben muß. Wenn die Notwendigkeit von Minderheitsregierungen betont wird, so muß man darauf hinweisen, daß diese Minderheitsregierungen, soweit sie bisher zustande gekommen sind, immer die Regierungen der Mitte gewesen sind, die in der Lage waren, sich rechts oder links eine wechselnde Mehrheit zu suchen. Die besondere Schwäche der jetzigen Regierung besteht darin, daß sie ihren Schwerpunkt auf der Rechten hat und nur nach einer Seite hin auf Unterstützung rechnen kann. Damit ist sie charakterisiert als eine Regierung der Schwäche. Eine feste Regierung kann nach Lage der Dinge in Sachen nur eine Regierung sein, die ihren Schwerpunkt in der Mitte hat mit einem Anschlag nach rechts und links. Es ist bedauerlich, daß die Sozialdemokratische Partei sich zu dieser Erkenntnis noch nicht durchgerungen und den Standpunkt von 1926 wieder bezogen hat. Damit läßt sie die Dinge treiben. Sie hätte nicht nur einen Ministerpräsidenten vorschlagen dürfen, sondern Nähe und Arbeit aufwenden müssen, um eine Mehrheit für diesen Kandidaten im Landtage aufzubringen. (Sehr richtig!) Die Demokraten haben sich bereit erklärt, Dr. Bänder mitzuwählen unter der Voraussetzung, daß ihm keinerlei Bindung von den ihm wählenden Parteien für die Regierungsbildung auferlegt werden. Dem haben aber die Nationalsozialisten widersprochen durch das Verlangen, keinesfalls den Demokraten das Innenministerium oder das Volksbildungsministerium einzuräumen. Dr. Bänder hat sich leider diesem Verlangen gebeugt. Die Demokraten werden sich einem solchen Verlangen niemals beugen. Sie konnten es auch nicht zugeben, daß der bewährte Innenminister Dr. Apelt von unfürsorglichen Händen in dem neuen Ministerium wie eine Schachfigur hin- und hergeschoben wurde; sie müssen feststellen, daß für einen aufrechten liberalen Mann in dem neuen Kabinett kein Betätigungsfeld vorhanden ist. Die Bildung einer Regierung ist jedoch Pflicht des Landtages und für diese Pflicht müssen auch Opfer gebracht werden. Die Demokraten werden daher dem Kabinett nicht von vornherein das Vertrauen entziehen, sondern sich neutral und abwartend verhalten. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie sich als uninteressierte Zuschauer betrachten. Sie werden es insbesondere nicht dulden, daß eine Verschlechterung des Verhältnisses von Sachsen zum Reich eintritt, sie werden weiter eine reaktionäre Kulturpolitik verhindern und ebenso eine Personalpolitik, die offen Verächtern der republikanischen Verfassung wichtige maßgebende Posten einräumt. Sollte die Regierung Dr. Bänder sich auf diesen gefährlichen Weg einer Politik unter nationalsozialistischem Diktat begeben, so werde sie nicht eine Stunde länger leben.

Abg. Kunz (Nat.-Soz.):

meinte, daß die Demokraten zwischen Rechts und Links aufgerieben werden würden. Auch der Marxismus habe sich als unfähig erwiesen. Seine Partei sei mit dem Kabinett Bänder keinerlei Bindungen eingegangen; sie werde aber solange hinter der Regierung stehen, als diese die große Not des Volkes zu lindern bestrebt sein werde.

Abg. Rad (Aufwärtler):

Mit besonderer Spannung wurde die Erklärung der Volksrechts- und Aufwertungsparthei aufgenommen, in der es heißt: „Ein erheblicher Teil der Deutschen Volkspartei will die Große Koalition, die die Hälfte der Staatsgeschäfte in die Hände der SPD. gibt. Wir wollen der Deutschen Volkspartei keinen Rechtfertigungsgrund geben, einen solchen Verrat am Bürgerum zu begehen und stimmen daher nicht für das Mißtrauensvotum. Der Redner erklärte weiter, seine Partei werde unter der jetzigen Regierung ihre Forderungen durchzusetzen suchen und danach ihre künftige Stellungnahme einrichten. Die Erklärung besaß sich weiter mit der Deutschen Volkspartei, die durch das Kabinett Bänder versuchte, als Vertreterin des Großkapitals die Macht an sich zu reißen. Den gemeinsam geführten Wahlkampf des gesamten Bürgerums habe sie mißachtet und die Vertreter der Sparte und Rentner von der Leitung der Staatsgeschäfte ausschaltete. Mit der Behauptung, daß sie eine Regierung hervorragender Fachmänner sei, werde die Bevölkerung über die wahre Bedeutung der Regierung getäuscht. Die Aufwertungsparthei würde aber, wie gesagt, trotzdem nicht für das Mißtrauensvotum stimmen.

Diese Erklärung wurde von der Linken mit großer Heiterkeit, von der Rechten mit gemischten Gefühlen, aber doch mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen, da hiermit die Ablehnung des Mißtrauensvotums als gesichert erschien.

Abg. Bertel (Soz.):

richtete scharfe Angriffe gegen den neuen Innenminister Richter, dem er Beteiligung am Kapp-Putsch und an der vom Reichskommissar Dr. Heinze im Jahre 1923 eingerichteten Regierung vorwarf.

Innenminister Richter

erklärte demgegenüber, daß von einer Sympathie mit dem Kapp-Putsch bei ihm keine Rede sein könne. Es handle sich dabei um ein Privatgespräch, in dem er lediglich zum Ausdruck gebracht habe, daß der Kapp-Putsch sich höchstens drei Monate halten könne. Dem Ruf des Reichskommissars Dr. Heinze habe er Folge geleistet, da dieser von der verfassungsmäßigen Spitze des Reiches, dem damaligen Reichspräsidenten Ebert, eingesetzt worden sei. Er habe sich damals nur drei Tage in Dresden aufgehalten.

Abg. Bad (Allsoz.):

teilte mit, daß die AEP, die Wahl des Ministerpräsidenten Dr. Bänder für rechtswidrig halte und den Staatsgerichtshof anrufen werde, um diese Streitfrage zu klären. Um dem Lande weitere Beunruhigung zu ersparen, werde er dem Mißtrauensvotum nicht zustimmen.

Dann folgte die Abstimmung über das Mißtrauensvotum, die auf Antrag namentlich stattfand. Präsident Wedel gab bekannt, daß das Mißtrauensvotum angenommen sein werde, wenn mindestens 49 Stimmen, d. h. mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten, für das Mißtrauensvotum abgegeben werden.

Die Abgeordneten Feldt (AEP) und v. Gumbell (Volksrechtspartei), Schröder (Landvolk) und Liebmann (Soz.) fehlten. Letzterer hatte sich wegen Krankheit entschuldigt.

Für das Mißtrauensvotum stimmten 44 Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen das Mißtrauensvotum 41 Abgeordnete. Sieben enthielten sich der Stimme.

Damit war das Mißtrauensvotum abgelehnt, weil es nicht die verfassungsmäßig vorgeschriebenen 49 Stimmen erhalten hatte. Trotzdem ist dies Ergebnis kein Sieg des Kabinetts, denn immerhin waren die Stimmen für das Mißtrauensvotum in der Mehrheit.

Der Stimme enthalten haben sich die vier Demokraten, zwei Aufwärtler und Dr. Bänder als Ministerpräsident, nachdem der frühere Landtagspräsident, Abg. Schwarz, vor der Abstimmung der Meinung Ausdruck gegeben hatte, daß Dr. Bänder nicht abstimmen dürfe.

Das Haus trat nun in die Statberatung ein. Abg. Graupe (Soz.) begründete den Antrag des Haushaltsausschusses zum Kapitel „Eiserbad“ des ordentlichen und zum Titel „Kapitalbedarf des Eiserbades“ des außerordentlichen Haushaltsplanes. Die Abgeordneten Dr. Kaffner (Dem.) und Bippe (D. Sp.) beklagten sich über die Ueberschreitungen der für das Eiserbad bewilligten Baukosten. Das Kapitel wurde im Sinne der Anträge des Haushaltsausschusses angenommen. Abgelehnt wurde ein Minderheitsantrag, das Eiserbad zu einem Volksbad für Minderbemittelte und Unbemittelte umzugestalten.

Die Kapitel Porzellanmanufaktur, Gärten- und Blaufarbenwerke, Mäuze und „Wasserwirtschaftliche Betriebe“ fanden Uebereinstimmung. Die Mittel zum Bau der Talperre bei Kriebstein im Schopautale und der Talperre bei der Sehn-

mühle wurden bewilligt (Titel 14 und 15 des außerordentlichen Haushaltsplanes). Ebenso Titel 16 zur Befestigung der durch die Unwetterkatastrophe im östlichen Erzgebirge entstandenen Schäden. Das Kapitel „Staatsstraßen, Wege- und Wasserwerke“ wurde im Sinne des Ausschusses angenommen.

Es kam nun zur Behandlung der Kapitel 43 des ordentlichen Haushaltsplanes und Kapitel 11 und 12 des außerordentlichen Haushaltsplanes über die Förderung des

Luftfahrwesens

weitere Kapitalbeteiligung an der Sächsischen Luftfahrt-Betriebsgesellschaft und an der Deutschen Luftfahrt. Abg. Kemmer (Komm.) sprach sich gegen die Bewilligung der Mittel aus, da die Förderung der Luftfahrt doch nur dem Zweck dienen solle, den Krieg vorzubereiten. Die Kapitel wurden glatt angenommen. Weiter wurden ohne Aussprache angenommen: die Kapitel Landeslotterie, Ruhegelder, Alters- und Landeskulturrententand, Oberbergamt und Bergämter, Hochbauwesen, Vermessungswesen, Landwirtschaftliche Betriebe, Wirtschaftsministerium, Landwirtschaftliche Versuchsanstalten, Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau zu Pillnitz, Versuchs- und Beispielsgärtnerei Pillnitz, Staatsbauhulen zu Dresden, Leipzig, Plauen und Jwidaun und schließlich Fisch-, Gewerbe- und Handelsschulwesen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 10. Juli, 1 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Weitere Statfabitel.

Landtagsanfragen

Im Landtag ist eine Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eingegangen, in der die Regierung gefragt wird, warum die Ausführungsanweisung, die einem zwischen dem Freistaat Sachsen und mehreren Angestelltenvereinigungen abgeschlossenen Tarifvertrag beigegeben ist, und nach der den Angestellten auf Antrag die im Verlaufe ihres Urlaubs fällig werdenden Dienstbezüge im voraus auszusahlen sind, außer Kraft gesetzt worden ist und ob die Regierung bereit sei, die Ausführungsanweisung wieder in Kraft zu setzen.

Amerikanische Quotenpolitik

Das alte Gesetz. — Die neuen Quoten. — Unfreundlichkeiten gegen uns.

Am 1. Juli ist in den Vereinigten Staaten Nordamerikas das neue Einwanderungsgesetz in Kraft getreten. Nach dem alten Gesetz vom Jahre 1924 konnten jährlich 164 667 Ausländer in die Vereinigten Staaten Nordamerikas einwandern, nach dem neuen Gesetz jedoch nur 153 714. Der Unterschied ist nicht gerade beträchtlich. Das Wesen des neuen Gesetzes liegt aber nicht in der Herabsetzung der Totaleinwanderungsziffer, sondern in der Verteilung der Quoten auf die einzelnen Nationen.

Dem Einwanderungsgesetz des Jahres 1924 lag die Volkszählung von 1890 zugrunde. Die alten Quoten wurden dadurch gewonnen, daß 2 Prozent der damals in den Vereinigten Staaten ansässigen Nationalitäten als Einwanderer zugelassen wurden. Vor dem Kriege konnte man in der Union keinerlei Beschränkung der Einwanderung. Erst nach Kriegsende, als 1919 eine gewaltige Einwanderungsflut sich über die Union ergoß, wurde das Problem entbedt. Der Kongreß beschäftigte sich mit der Einwanderungsfrage, die öffentliche Meinung wurde mobilisiert und die Arbeiter erhoben Protest gegen die billigen Arbeitskräfte aus Europa, die den Lebensstandard der amerikanischen Arbeiterklasse bedrohten. So kam denn das erste Einwanderungsgesetz vom Jahre 1924 zustande.

Die Bewegung war damit jedoch noch nicht zum Stillstand gekommen. In den Jahren 1924 bis 1927 setzten neue Ermittlungen ein. Sie erstreckten sich darauf, festzustellen, in welchem Verhältnis seit 1790, dem Beginn der Einwanderung aus fremden Ländern, sich Einwanderer in der Union niederließen. Mehrere Gutachten wurden ausgearbeitet. Schließlich einigte man sich auf neue Quoten, ohne jedoch zu verkennen, daß die gebundenen Ziffern recht willkürlich angelegt sind. Für eine Reihe von Jahren fehlten überhaupt alle statistischen Unterlagen, da der große Brand des Capitols in Washington vom Jahre 1814 für sieben Staaten alle Urkunden vernichtete. Auch die Zählung der Einwanderer nach der Herkunft und der Nationalität der Schiffe muß als völlig abwegig bezeichnet werden, da alle Einwanderer, die auf einem niederländischen Schiffe nach den Vereinigten Staaten gefahren waren, als Niederländer perbuchet wurden, ob sie nun aus Norddeutschland, aus Süddeutschland, aus der Schweiz oder aus Oesterreich stammen mochten. Da England vor dem Kriege die Weltmeere beherrschte, ist nicht verwunderlich, daß bei dieser Art der Anfertigung von Statistiken Großbritannien am besten abschnitt. Schließlich haben auch alle Amerikaner ein, daß die Namen Smiths, Willers, Mads, Blads, Whites und Dupende von Namen die auf „son“ endigen, für die Nationalität des Namensträgers nichts besagen, zumal der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten Herbert Hoover, der einen so echt scheinenden amerikanischen Namen trägt, auslandernemägen deutscher Abstammung ist. Seine Vorfahren hießen Huber. Alle Proteste der Professoren der Columbia-Universität, der Rechtsgelehrten, der Statistiker halfen jedoch nichts, der amerikanische Senat nahm die neuen Quoten mit 43 gegen 37 Stimmen an.

Ein Vergleich der Ziffern von 1924 und 1929 ist für eine Reihe von Staaten lohnend. Zur besseren Uebersicht diene folgende Statistik:

Table with 3 columns: Country, 1924, 1929. Rows include Great Britain and Ireland, Germany, Ireland, Scandinavia, Italy, Russia, Poland, Belgium, and France/Poland.

Die Einwanderungsziffern von Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern wurden unbedeutend berührt.

Die größte Ueberraschung an den neuen Einwanderungsquoten ist die erstaunlich hohe Quote für den irischen Freistaat. Sie ist unverkennbar auf den politischen Einfluß der Iren in den Vereinigten Staaten zurückzuführen. „Soz. liebt die Iren“, lautet ein Sprichwort in Nordamerika, das man nicht selten hören kann. In Alt-England schüttelt man

darüber bedenklich den Kopf, wieweil man an der irischen Einwanderungsziffer nichts ändern kann.

Die Engländer selbst sind mit der gewaltigen Heraussetzung ihrer Quote recht zufrieden. Sie bezweifeln aber sehr, ob in den nächsten Jahren und überhaupt einmal England so viel Auswanderer nach den Vereinigten Staaten senden wird wie dortselbst genehm sind. Ueber die Notwendigkeit der Zuwanderung auf noch lange Sicht besteht keine Streitigkeit. Auch die Tendenz des neuen Einwanderungsgesetzes liegt klar zutage. Die Angelsachsen jenseits des Ozeans fürchten nicht so sehr die Ueberfremdung, die sie vorsehen, sondern die Aufnahme von „minderwertigem Blute“ aus Osteuropa, dem Balkan und den romanischen Ländern. Der angelsächsische Geist soll dominieren. Daher wünscht Washington auch eine neue kräftige Blutzufuhr aus Alt-England. Die amerikanischen Soziologen und Psychologen halten nach der starken Einwanderung slawischer und romanischer Volkselemente in den ersten Nachkriegsjahren eine große Dosis altangelsächsischen Blutes für dringlich erwünscht. Dies der letzte und tiefste Grund der neuen Quoten.

Erstaunlich ist schließlich die starke Herabsetzung der deutschen Quote von 51 227 auf 25 957 Einwanderer. Gegen deutsche Einwanderer besteht in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten Nordamerikas gegenwärtig keinerlei Ablehnung. Auch nicht gegen die Skandinavier, denen man ebenso wie den Deutschen gerne zugesteh, daß sie sich um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Union große Verdienste erworben. Auch die schärfsten Gegner der Ueberfremdung gestehen ein, daß die deutschen Einwanderer sich loyal der neuen Umgebung anpösten und äußerst schnell sich der Herabsetzung amerikanischen Nation einfügten. Trotzdem erfolgte die namhafte Herabsetzung der deutschen Einwanderungsquote. Wir vermögen darin nicht einen Akt der freundschaftlichen Gefinnung des amerikanischen Volkes gegen die deutsche Nation zu erblicken, auch nicht ein Zeichen der Dankbarkeit für all das, was Männer deutscher Nation in der Politik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten Nordamerikas leisteten.

Der Streit um den Tagungsort

Besuch des Votschafters von Hoelsch bei Briand.

Die Pariser Morgenpresse berichtet über den vor gestrigen Besuch des deutschen Votschafters von Hoelsch bei Briand. Im Verlaufe der Unterredung sei dem deutschen Votschafter von dem Inhalt des Abememoire Kenntnis gegeben worden, das der englische Votschafter in der Frage der Regierungskonferenz am Sonntagabend übergeben hat und von dem Antwortentwurf, den Briand vorbereitet. Diese Antwort, so erklären die Blätter übereinstimmend, versucht nochmals als Verhandlungsort eine Stadt in der Schweiz vorzuschlagen; jedoch geschähe dies in freundschaftlichster Form. Außerdem stehe Frankreich auf dem Standpunkt, daß neben der Konferenz am Verhandlungsort sämtliche Organisationsauschüsse tätig sein sollen, die die Ausführung des Young-Planes erfordere. Dadurch werde man eine Arbeitsverlehterung ermöglichen. Die französische Antwort verlangt außerdem die Teilnahme der reparationsberechtigten Länder mit kleineren Interessen in der gleichen Form, wie dies 1924 während der Dawes-Konferenz in London geschehen ist. Als Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz schlägt die französische Regierung den 5. oder 6. August vor. — Nach dem „Matin“ soll der deutsche Votschafter Briand aufs neue erklärt haben, die Reichsregierung werde sich in der Frage des Konferenzortes der Mehrheit anschließen. Was die endgültige Entscheidung betrifft, so glaubt „Deuere“, daß trotz der französischen Einwendungen gegen London die französische Regie-

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.